

Marktgemeindeamt Schardenberg

Schärdinger Straße 4 - 4784 Schardenberg

Tel.: 07713/7055 - Fax.: 7055-8

Mail: office@schardenberg.at



Schardenberg, am 16. Februar 2016

Wahl 201 2016 - Sel

VERHANDLUNGSSCHRIFT

über die Sitzung der Mitglieder des Gemeinderates am
Donnerstag, den 04. Februar. 2016

TAGESORDNUNG

1. Prüfungsbericht des örtlichen Prüfungsausschusses - Kassenprüfung
2. Voranschlag für das Finanzjahr 2016:
 - a) Kassenkredit;
 - b) Dienstpostenplan;
 - c) Freiwillige Leistungen;
 - d) Voranschlag Beschlussfassung;
3. Mittelfristiger Finanzplan für die Jahre 2016 2020;
4. Verein zur Förderung der Infrastruktur der Gemeinde Schardenberg & Co KG;
Genehmigungen:
 - a) Voranschlag 2016;
 - b) Mittelfristiger Finanzplan 2016 2020;
5. Pfarrcaritas Kindergarten Schardenberg; - Kenntnisnahme der Jahresrechnung 2015 und Abgangsdeckung;
6. Straßenbauvorhaben 2016; - Genehmigung;
7. Liegenschaftsteilung Katasterschlussvermessung Gehweg Kubing an der L515 Eisenbirner Straße Beschlussfassung über die Ab- und Zuschreibung von/zum Gemeindeeigentum gem. Teilungsplan
8. Lustbarkeitsabgabe - mit Wirksamkeit 1.3.2016 ist eine neue Lustbarkeitsabgabe-Verordnung auf Basis des § 15 Abs. 3 Z 1 FAG 2008 zu beschließen. Musterverordnung des OÖ. Städte- und Gemeindeverbundes
9. Personalangelegenheiten; - Pragmatisierung von Amtsleiter Klaus Selgrad; - Beschlussfassung
10. Flächenwidmungsplan-Änderung 4/55; Antragsteller mx-CNS Communication, Pasching, betr. Parz. 375 - Teil, KG Gattern, Grundeigentümer Johann und Christiane Breinbauer, Achleiten 9, von Grünland in Sondernutzung Funkanlage; Einleitungsverfahren;
11. Neubesetzung des Prüfungsausschusses der ÖVP Mitglieder;
12. Allfälliges;

Anwesende:

1. Bürgermeister Josef Schachner, als Vorsitzender, ÖVP
2. Vizebürgermeisterin Rosa Hofmann, ÖVP
3. Gemeinderatsmitglied Gertrude Glas, ÖVP
4. Gemeinderatsmitglied Georg Helmut Mayr-Steffeldemel, ÖVP
5. Gemeinderatsmitglied Andreas Knunbauer, ÖVP
6. Gemeinderatsmitglied Roswitha Hell, ÖVP
7. Gemeinderatsmitglied Josef Fasching, ÖVP entschuldigt
Ersatzmitglied Stefan Krennbauer
8. Gemeinderatsmitglied Christian Bachmair, ÖVP
9. Gemeinderatsmitglied Josef Dullinger, ÖVP
10. Gemeinderatsmitglied Josef Himsl, ÖVP entschuldigt
Ersatzmitglied Franz Söllwagner
11. Gemeinderatsmitglied Andreas Kislinger, ÖVP
12. Gemeinderatsmitglied Philipp Meindl, ÖVP
13. Gemeinderatsmitglied Johann Mayrhofer, ÖVP
14. Gemeinderatsmitglied Florian Mair, ÖVP
15. Gemeinderatsmitglied Helga Brait, ÖVP
16. Gemeinderatsmitglied Helmut Mager, SPÖ
17. Gemeinderatsmitglied Günter Eymannsberger, SPÖ
18. Gemeinderatsmitglied Andreas Wiesner, SPÖ entschuldigt
Ersatzmitglied Manfred Eymannsberger
19. Gemeinderatsmitglied Josef Bauer, FPÖ
20. Gemeinderatsmitglied Markus Georg Kasbauer, FPÖ
21. Gemeinderatsmitglied Veronika Maria Wirth, FPÖ
22. Gemeinderatsmitglied Franz Stefan Scharnböck, FPÖ
23. Gemeinderatsmitglied Günter Roland Pichler, FPÖ
24. Gemeinderatsmitglied Stefan Engertsberger, FPÖ
25. Gemeinderatsmitglied Andrea Leitner, FPÖ

Der Bürgermeister eröffnet um 20.00 Uhr die Sitzung und stellt fest, dass

- a) die Sitzung von ihm einberufen wurde;
- b) der Termin der heutigen Sitzung im Sitzungsplan (§ 45 Abs. 1 Oö. GemO.) enthalten ist und die Verständigung hierzu an alle Mitglieder bzw. Ersatzmitglieder zeitgerecht schriftlich am 26. Jänner 2016 unter Bekanntgabe der Tagesordnung erfolgt ist;
- c) die Abhaltung der Sitzung durch Anschlag an der Gemeindeamtstafel am gleichen Tage öffentlich kundgemacht wurde;
- d) die Verhandlungsschriften über die letzte Sitzung vom 26. November 2016 bis zur heutigen Sitzung während der Amtsstunden im Marktgemeindeamt zur Einsicht aufgelegt sind, während der Sitzung zur Einsicht noch aufliegen und gegen diese Verhandlungsschrift bis zum Sitzungsschluss Einwendungen eingebracht werden können;
- e) die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Sodann bestimmt er Klaus Selgrad zum Schriftführer dieser Sitzung.

In der Fragestunde gibt es keine Anfragen.

BESCHLÜSSE

Punkt 1

Prüfungsbericht des örtlichen Prüfungsausschusses Kassenprüfung

Veronika Wirth berichtet über die vom Prüfungsausschuss am 17. Dezember 2015 durchgeführte Belegprüfung. Die unter Punkt III/9 und III/10 der Niederschrift dargestellten Mängel wurden besprochen und geklärt. So wurde das Personal des Bürgerservice angewiesen bei der Auszahlung des Badekartenzuschuss aufzupassen und nur umliegende Bäder zu gewähren. Der Telefonbucheintrag der NMS ist wesentlich umfangreicher als der der VS und wird für nächstes Jahr geändert.

In der Geschäftsgebarung wurden keine Mängel festgestellt.

Der Bürgermeister stellt den Antrag, den von der Prüfungsausschuss-Obfrau Veronika Wirth vollinhaltlich vorgetragene Prüfbericht über die Belegprüfung vom 17.12.2016 zur Kenntnis zu nehmen.

Ergebnis: Einstimmige Kenntnisnahme durch Handerheben

Punkt 2

Voranschlag für das Finanzjahr 2016:

a) Kassenkredit

Der Bürgermeister führt aus, dass alljährlich der Kassenkredit beschlossen werden muss, der höchstens $\frac{1}{4}$ der Einnahmen des ordentlichen Gemeindevoranschlages betragen darf und heuer 941.000,00 ausmacht. Die Raiffeisenbank Region Schärading hat ein Angebot erstellt, welches der Bürgermeister vollinhaltlich vorbringt: Basis 3-Monats-Satz-Euribor + 0,69 %-Punkte Aufschlag. Sollte der Indikator (3-Monats-Euribor) unter einem Wert von 0% liegen, wird als Indikator für die Zinssatzanpassung ein Wert von Null herangezogen (Euribor heute: -0,162%).

Auf Grund des extrem niedrigen Zinssatzes lässt sich keine entscheidende Differenz zu anderen Banken erwarten. Auf Grund der Zweckmäßigkeit soll der Kassenkredit bei der kontoführenden Bank Raiffeisenbank Region Schärading aufgenommen werden. Der Aufschlag hat sich gegenüber den Vorjahren gesenkt 2014: 0,85 %-Punkte auf 0,70 %-Punkte im Jahr 2015.

Der Bürgermeister stellt den Antrag, den Höchstbetrag des Kassenkredites für 2016 mit 941.000,00 festzusetzen und bei der Kreditgeberin Raiffeisenbank Region Schärading aufzunehmen mit einem Zinssatz von derzeit 0,69 %, gebunden an den 3-Monats-Euribor, mit vierteljährlicher Anpassung jeweils zu Quartalbeginn, Berechnungsbasis ist der letzte Einzelwert vor Zinsanpassung mit einem Aufschlag von 0,69%.

Ergebnis: Antrag einstimmig angenommen durch Handerheben

Punkt 2

Voranschlag für das Finanzjahr 2016:

b) Dienstpostenplan

Der Bürgermeister teilt mit, dass sich der Dienstpostenplan gegenüber dem Vorjahr geringfügig geändert hat. So ist in der Krabbelstube eine Hilfskraft (Fr. Desiree Schwarz) auf Grund der hohen Belegung eingestellt worden.

Andrea Leitner: wurde nicht auch bei den Schulköchinnen eine Änderung veranlasst?
B.: Ja, die Dienstzeiten der Schulköchinnen wurde um 2 Wochen verlängert, die Ausspeisung in der NMS kann somit 1 Woche früher beginnen und 1 Woche länger dauern.

Der Dienstpostenplan stellt sich folgend dar:

		Dienstpostenplan; Stand:		01.01.	2016						
PE	DP	Bew. Neu	DP	Bew. Alt	Name des Bediensteten	m/w	Geb.Datum	Verwendung	B/VB	Einstufung	B-Ausmaß
Bedienstete der Allgemeinen Verwaltung											
1,00	GD	10.1	B II-VII		Selgrad Klaus	m	12.07.1963	Amtsleiter	VB	GD 10/12	100
2,00	GD	16.3	C I-V		Lechner Leopold	m	10.02.1957	Buchhaltung	B	C/VI.1.DAZ	100
			C I-V		Dirmhirn Andrea	w	29.08.1971	Bauamt	B	C/VI/3	derzeit 50
0,75	GD	18.5	VB. I/c		Kosch Margit	w	09.02.1964	Bürgerservice	VB	c/24	75
2,75	GD	17.5	VB. I/d		Bachmair Josef	m	04.08.1972	Buchhaltung	VB	GD 17/10	100
			VB. I/d		Neissl Georg	m	19.09.1970	EDV-Administrator, GF WV	VB	GD 17/10	100
			VB. I/d		Schwarz Ursula	w	25.06.1968	Bürgerservice	VB	GD 17/12	75
Bedienstete des Handwerklichen Dienstes											
1,00	GD	19.1 +75 % GHZ	VB. II/p 2		Mayer Gerhard	m	02.03.1966	Schulwart	VB	GD 19/7	100
3,00	GD	19.1 +75 % GHZ	VB. II/p 3 ad personam p 2		Weitzhofer Markus	m	31.10.1961	Bauhofarbeiter	VB	p 2/22	100
			VB. II/p 3 ad personam p 2		Kosch Helmut	m	07.09.1965	Bauhofarbeiter	VB	p 2/18	100
			VB. II/p 3 ad personam p 2		Scherrer August	m	31.03.1963	Bauhofarbeiter	VB	p 2/15	100
1,32	GD	23.1	VB. II/p 4		Mayr-Steffeldemel Sabine	w	07.02.1963	Schülerausspeisung-Köchin	VB	p 4/20	57,72
			VB. II/p 4		Kasbauer Berta	w	19.10.1962	Schülerausspeisung-Köchin	VB	p 4/21+75%p3	74,34
3,74	GD	25.1	VB. II/p 5		Bauer Waltraud	w	19.10.1962	Raumpflegerin	VB	GD 25/4	62,5
			VB. II/p 5		Engertsberger Helene	w	13.08.1964	Raumpflegerin	VB	GD 25/4	62,5
			VB. II/p 5		Schönböck Ernestine	w	02.05.1959	Raumpflegerin	VB	GD 25/4	56,25
			VB. II/p 5		Scherrer Elfriede	w	13.04.1959	Raumpflegerin	VB	p 5/13	52,75
			VB. II/p 5		Böhm Renate	w	30.07.1969	Raumpflegerin	VB	GD 25/5	65
			VB. II/p 5		Glas Gertrude	w	08.08.1969	Raumpflegerin	VB	GD 25/6	75
Bedienstete Krabbelstube											
0,84			I/L/2b1		Scherrer Ingrid	w	28.03.1977	Kindergartenpädagogin	VB	I2b1/4	derzeit 65,63
1,24	GD	22.3	VB. I/d		Mayrhofer Eveline	w	01.03.1975	Kindergartenhelferin	VB	GD 22/3	48,75
			VB. I/d		Schreiner Karin	w	26.08.1977	Kindergartenhelferin	VB	GD 22/3	32,5
			VB. I/d		Schwarz Desiree	w	26.07.1983	Kindergartenhelferin	VB	GD 22/2	42,9

Der Bürgermeister stellt den Antrag, den von ihm vollinhaltlich verlesenen Dienstpostenplan zu genehmigen.

Ergebnis: Einstimmiger Beschluss durch Handerheben

Punkt 2

Voranschlag für das Finanzjahr 2016:

c) Freiwillige Leistungen

Der Bürgermeister berichtet, dass sich der Gemeindevorstand in der Sitzung am 28.01.2016 mit den Freiwilligen Zuwendungen beschäftigt hat und dem Gemeinderat geringfügige Änderungen zur Beschlussfassung empfiehlt die Änderungen sind fettgedruckt dargestellt.

Der Bürgermeister verliest die Aufstellung der Freiwilligen Zuwendungen 2016 vollinhaltlich und stellt den Antrag, sie wie folgt zu beschließen:

T e x t		Betrag
Förderung der Betriebsgemeinschaft (1/094/729)		600,00
Freiwillige Feuerwehr - Teilnahme an Kursen (1/163/729) Kosten des Grundlehrganges und Kosten des Funklehrganges werden zur Gänze von der Gemeinde übernommen Teilnahme am Landeswettbewerb	h N h h h 53/33 43/- pro Teilnehmer	2.000,00
Zuwendung für Schulveranstaltungen und Jungmusiker-		

Punkt 2

Voranschlag für das Finanzjahr 2016:

d) Haushalt Voranschlag 2016, Beschlussfassung

Der Bürgermeister berichtet, dass am 28. Jänner 2016 eine Finanzausschuss-Sitzung stattgefunden hat, in der der Voranschlagsentwurf vollinhaltlich durchbesprochen wurde. Während der Auflagefrist sind beim Marktgemeindeamt keine Erinnerungen eingegangen.

Es liegt nun jedem Mandatar ein Voranschlagsentwurf über den Ordentlichen und den Außerordentlichen Haushalt sowie über den Schuldenstand und die Rücklagen vor. Dieser wird vollinhaltlich besprochen.

Ordentlicher Haushalt:

Summe der Einnahmen: 61 981 633/-

Summe der Ausgaben: 61 981 633/-

Andrea Leitner h / d h H j h h i j h Ch j h 42340-728

fällt? Dies kann während der Sitzung nicht geklärt werden.

Anmerkung des Schriftführers bei Abfassung der Verhandlungsschrift: Darunter fallen Entgelte für die Wartung von Programmen wie LMR, Lohnverrechnung ect., aber auch der Kopierer, Aufzug ect.

Außerordentlicher Haushalt:

Summe der Einnahmen: 5 168 1 33/-

Summe der Ausgaben: 5 168 1 33/-

Der Bürgermeister gibt Raum für Fragen:

Keine weiteren Fragen

Schuldenstand - gemeindebelastend:

5.877.300,- Md h ehj 6.557.700,- zu Jahresende

Schuldendienst Ch d i d g 202.600,-

Gesamtschuldenstand:

5.895.500,- Md h ehj 6.575.900,- zu Jahresende

Der Bürgermeister gibt Raum für Fragen:

Keine weiteren Fragen

Rücklagen:

298.483,39 Md h ehj 131.455,62 zu Jahresende

Der Bürgermeister gibt Raum für Fragen:

Keine weiteren Fragen

Der Bürgermeister stellt nun den Antrag, den Ordentlichen Voranschlag für das Finanzjahr 2016 zu beschließen:

Ergebnis: Einstimmiger Beschluss durch Handerheben

Punkt 3

Mittelfristiger Finanzplan für die Jahre 2016 2020

Im Ordentlichen Haushalt stellt die Freie Budgetspitze einen markanten Wert dar, die sich wie folgt darstellt:

2016	-	60.300,-
2017	.	; 61 33/-
2018	.	447 133/-
2019	.	476 133/-
2020	.	4: 31333/-

Im Außerordentlichen Haushalt können 2016 viele Vorhaben abgeschlossen werden, sodass sich der mittelfristige Investitionsplan wie folgt darstellt:

2016		0,- ausgeglichen
2017	-	68 133/-
2018	-	68 133/-
2019	.	: 3 133/-
2020		0,- ausgeglichen

Der Bürgermeister stellt nun den Antrag, den vollinhaltlich vorgetragenen Mittelfristigen Finanzplan 2016 2012 zu beschließen.

Ergebnis: Einstimmiger Beschluss durch Handerheben

Punkt 4

Verein zur Förderung der Infrastruktur der Gemeinde Schardenberg & Co KG; Genehmigungen:

- a) **Voranschlag 2016**
- b) **Mittelfristiger Finanzplan 2016 2020;**

Der Bürgermeister berichtet, dass die Finanzierung weitgehend abgeschlossen sei. Die KG ist noch bis 2018 zu führen, dann kann die Auflösung bewirkt werden. Ein Mittelfristiger Finanzplan wurde daher nicht mehr erstellt.

Der Bürgermeister stellt den Antrag, den ausgeglichenen Voranschlag 2016 im Ordentlichh Kd d gh YI L 641 33/- zu beschließen.

Ergebnis: Einstimmiger Beschluss durch Handerheben

Punkt 5

Pfarrcaritas Kindergarten Schardenberg; - Kenntnisnahme der Jahresrechnung 2015 und Abgangsdeckung

Die Gemeinde ist verpflichtet für die Abgangsdeckung des Kindergartens aufzukommen. Für das Jahr 2015 ergibt sich aus nachstehender Kostenaufstellung ein Abgang von 9816 6/34.

EINNAHMEN:

Verpflegung der Kinder	3.393,80
Zuschuss/Land OÖ.	188.843,80
Zusätzl. Landesbeitrag	5.330,-
Zuschuss/Land OÖ (Integration)	26.890,86
Abgangsdeckung/Gemeinde	46.320,73
Sonstige Einnahmen	139,50
Zinsengutschriften	11,58
Materialbeiträge	6.465,-
	<hr/>
	277.395,27

AUSGABEN:

Löhne und Gehälter	163.199,27
OÖ. Gebietskrankenkasse	84.340,30
Finanzamt	27.246,13
Spiel-u. Beschäftigungsmaterial	3.097,39
Hilfsmittel/Integration	546,-
Reinigungsmaterial	685,15
Zinsen/Bankspesen/Kartentgelt	1.504,95
Strom	1.193,57
Büroaufwand	495,15
Lohnverrechnung/EDV Aufwand/Caritas	2.104,20
Fachliteratur	411,96
CARITAS/Fondsbeitrag	1.323,50
Miete/Gemeinde	3.504,-
Regiebeiträge	1.932,50
Telefon	328,27
Versicherungen	175,-
Essensbeiträge/Marktgemeinde	1.716,80
Essensbeiträge/Neue Mittelschule	1.062,-
Lebensmittel	338,73
Tagungsgebühr/Hefo 2015	100,-
Sonstige Ausgaben	1.162,68
	<hr/>
	296.467,55

Ausgaben	296.467,55
+Übertrag 2014	46.320,73
	<hr/>
	342.788,28
- Einnahmen	277.395,27
	<hr/>
Abgang	65.393,01

Der Bürgermeister übergibt das Wort an Rosa Hofmann, Vizebürgermeisterin und N g h j d h h h 1V h h /gd gh d 53133/- höhere Abgang gegenüber dem Vorjahr hauptsächlich daran liegt, dass sehr viele Bedienstete in ein neues Gehaltssystem optiert haben. Das alleine macht incl. DG-Beiträgen bereits h d 49133/- aus.

Andrea Leitner: Wird der Abgang nächstes Jahr wieder geringer?

Rosa Hofmann: Die Personalkosten bleiben prinzipiell gleich hoch und höhere Ausgaben durch zusätzlichen Personalbedarf für Sonderpädagogik sind nicht planbar.

Helmut Mager: wieviel bezahlt das Land?

Bürgermeister: der Erlass der Elternbeiträge wirkte sich im Haushalt kaum aus.

Rosa Hofmann: Die Beiträge werden nach Aufwand abgerechnet, das Hilfspersonal ist von der Gemeinde zu finanzieren.

Markus Kasbauer: wird der Kindergarten von der Gemeinde übernommen?

Rosa Hofmann: der Mandatsträger im Kindergarten, der für die organisatorischen Belange im KiGa zuständig wäre, hat gekündigt. Derzeit laufen Gespräche.

Bürgermeister: stellt klar, dass die Pfarre die Aufgaben zu tragen habe. Sollte das nicht mehr zu Stande kommen ist ev. eine Übernahme möglich.

Andrea Leitner: hätte der KiGa Vorteile mit einem anderen Dienstgeber?

Rosa Hofmann: kenne den Unterschied nicht, aber die administrativen Belange würden wegfallen, wenn die Gemeinde übernimmt.

Roswitha Hell: Warum kümmert sich die Pfarre nicht?

Bürgermeister: es geht um die Kosten, von der Gemeinde werden jedenfalls die Kosten des Pfarrsekretariats nicht übernommen.

Der Bürgermeister stellt den Antrag, den Abgang des Kindergartens in der Höhe von 9816 6/34 ehghf h 1

Ergebnis: Einstimmiger Beschluss durch Handerheben

Punkt 6 Straßenbauvorhaben 2016

Der Bürgermeister erklärt auf Basis vorliegender Auflistung die geplanten Straßenbauvorhaben für 2016. Er erklärt, dass die Zufahrt Ohrhallinger, Grub aus Kostengründen dieses Jahr nicht ausgeführt wird.

Hochweideweg	Länge: 70 lfm Breite: 5 m 350 m ²	Sanierung u. Asphaltierung	431333/--
Mesnerweg	Länge: 60 lfm Breite: 6 m 360 m ²	Deckschicht	71333/--
Zufahrt Pichler Wühr	Länge: ca. 50 m Breite: 6 m 300 m ²	Gräderung u. Asphaltierung	431333/--
Zufahrt Säger, Fraunhof	Länge: 180 m Breite: 4 m 720 m ²	Herstellung des U ed h 63/--	541333/--
Kirchengasse Variante 2	500 m ²	Sanierungsarbeiten an Bit.- Tragschicht lt. Angebot Fa. Swietelsky	541333/--
Parkplatz Wastlbauer	400 m ²	Sanierungsarbeiten an Bit.- Tragschicht lt. Angebot Fa. Swietelsky	551333/--

Gehweg Römerstraße	Länge: 70 lfm Breite: 2 m 140 m²	Herstellung Rohbau 58/--	71333/--
Birkenweg	Länge: 120 lfm Breite: 3 m	Sanierung	
Schwanthaler Weg	Länge: 110 lfm Breite: 3 m	Sanierung u. Asphaltierung	481333/--
Goldberg Zufahrt Rettensteiner	Länge: ca. 100 lfm Breite: 5 m	Rohbau u. spätere Asphaltierung	
AOH			
Kubinger Feld 2. Teilstück (1. Etappe 550 lfm)	Länge: ca. 300 lfm Breite: 6 m 1.800 m²	Pflasterung/Asphaltierung Gestaltung der Freifläche	; 81333/--
Zufahrt Ohrhallinger Grub			931333/--
WEV:			
Kreuzung GW Bach			
GW Grasegg/Dobling			

Johann Mayrhofer: Warum sind 400m² Parkplatz Wastlbauer teurer als die 500m² in der Kirchengasse?

B: Die Kosten wurden von der Fa. Swietelsky ermittelt, es gibt dort unterschiedliche Leistungen.

Andrea Leitner: Ist der gesamte Wastlbauer-Parkplatz Gemeindegrund?

B: Nein, teilweise privat eventuell gibt es noch Abtretungen eine Einigung ist noch ausständig. Andernfalls werden die Kosten aufzuteilen sein.

Andrea Leitner: Ist die Zufahrt möglich?

B: Prinzipiell ja es sind keine Probleme zu sehen.

Markus Kasbauer: Wann wird die Brücke in Kneiding saniert?

B: Dazu ist erst der Kontakt mit der Gemeinde Esternberg aufzunehmen.

Markus Kasbauer: Es sollte jedenfalls dieses Jahr begutachtet werden, ebenso der Waldweg.

Manfred Eymannsberger: Fam. Peters will keine asphaltierte Zufahrt (Ingling)

B: Asphanmn g ist

Punkt 7

Liegenschaftsteilung Katasterschlussvermessung Gehweg Kubing an der L515 Eisenbirner Straße

Zur grundbücherlichen Durchführung des Teilungsplanes nach den Sonderbestimmungen des Liegenschaftsteilungsgesetzes BGBl.Nr.3/1930 i.d.F. BGBl.Nr.100/2008 gemäß §§ 15 ff ist ein Gemeinderatsbeschluss über die Zu- und Abschreibung vom bzw. zum öffentlichen Gut vorzulegen.

Der Bürgermeister erklärt den vorliegenden Teilungsplan und stellt die Zusammenstellung der Ab- und Zuschreibungen vor.

Grundbesitzer	voraussichtliche Einlösefläche	nach Endvermessung	Einlösepreis / m ²	Aufzahlung auf 9/-
Scherrer Peter	1 m ²	9 m ²	7/, 5 2	43/95
Nöhammer Herwig	87 m ²	126 m ²	49/46 2	-----
Haas Günter	11 m ²	68 m ²	7/, 5 2	; 3/57
Hüttenberger Josef	26 m ²	60 m ²	5/44 2 (Wald)	566/73
Gem. Schardenberg	0 m ²	281 m ²	46/: 3 2	
				657/59

Der bei der Grundeinlöseverhandlung festgestellte Preis wird direkt vom Land Reh h hf d eh d 1Gh jh dj hD i d j d i 9/-/m² wird von der Marktgemeinde Schardenberg ausbezahlt. H gh gdi i h f :/- bezahlt.

Der Bürgermeister stellt den Antrag, die Ab- und Zuschreibungen von/zum Gemeindeeigentum lt. Teilungsplan des Amtes der Oö. Landesregierung vom 24.11.2015 (GZ: 515-52a/15) zu beschließen und die Aufzahlungen zu genehmigen.

Ergebnis: Einstimmiger Beschluss durch Handerheben

Punkt 8

Lustbarkeitsabgabe

Der Bürgermeister erklärt, dass das Gesetz mit einer 6 monatigen Übergangsfrist zum 1.3.2016 ausläuft. Dann wird die bestehende Lustbarkeitsverordnung der Gemeinde ungültig. Seitens Bezirkshauptmannschaft wird empfohlen, nicht auf Steuergelder zu verzichten. Bisher wurden 10% vom Eintrittsgeld bei Eintrittspflichtigen Veranstaltungen eingefordert. Der Rahmen bewegt sich zwischen 10 und 25%. Der Landtagsabgeordnete empfiehlt 15%.

Der Bürgermeister erklärt, er wolle bei den 10% bleiben und die Bälle, die ohnehin immer weniger Besucher haben, von der Steuer ausnehmen.

Helmut Mager: gibt dem Bürgermeister recht. 10% sind genug die Erlöse sind in der Regel gemeinnützig und die Bälle sollten ausgenommen sein.

B: Die Einkünfte aus der Lustbar h h h eh djh 5348 h d 4333/-

Josef Bauer: 10% für Veranstaltungen sollen bleiben, die Automaten können aber auch pauschaliert eingehoben werden.

Georg Mayr-Steffeldemel: Steuer sollte auch für Vereinsfeste entfallen, Spielautomaten und Erotikbars sollen besteuert werden.

B: Es ist nur zulässig in Bezug auf die Art einer Veranstaltung Ausnahmen zu bilden, einzelne Vereine können nicht ausgenommen werden.

Florian Mair: es macht doch keinen Sinn, wenn einerseits dem Verein Geld genommen wird und auf der anderen Seite über Förderung wieder zurückgegeben wird.

Markus Kasbauer: kann man die Steuer auch nach der Größe der Veranstaltung festlegen, z.B. über 200 Eintritte?

E Qh / h d f eh d 1Y gh E h h gh d h h ; 3/- Steuern eingenommen. Damit könnte man die Veranstalter unterstützen.

Stefan Engertsberger: 10% Abgabe wären durchaus gerechtfertigt

Der Bürgermeister stellt fest, dass das Thema noch nicht beschlussfähig ist und beauftragt den Kulturausschuss mit der Vorbereitung eines Antrages.

Ergebnis: Einstimmige Zustimmung

Punkt 9

Personalangelegenheiten - Pragmatisierung von Amtsleiter Klaus Selgrad

Der Bürgermeister erklärt, dass es von Anfang an klar war, dass der neue Amtsleiter wieder Beamter der Gemeinde werden kann. Im Dienstpostenplan ist die Amtsleiterstelle als B-Posten genehmigt. Er übergibt das Wort dem Schriftführer und Amtsleiter Klaus Selgrad.

Ich erkläre, dass ich davon ausgegangen bin, meine seit 20 Jahren beim Magistrat Linz bestehende Pragmatisierung weiterführen zu können. Unter anderem aus diesem Grund habe ich mich beim Wechsel nach Schardenberg freistellen lassen und habe dem Dienst nicht entsagt. Dadurch wird es möglich in den Genuss der Ausnahme gem. § 16 Abs. 5 des Oö. GBG 2001 zu kommen, das sonst eine Altersbeschränkung mit 45 Jahren aufweist. Dem Dienstverhältnis zum Magistrat Linz ist damit zu entsagen. Weiters bietet die Pragmatisierung für mich einen Schutz gegen politische Willkür, der ein Amtsleiter am ehesten ausgesetzt werden kann.

Andrea Leitner: Pragmatisierung ist eigentlich nicht mehr üblich bzw. abgeschafft. Ich hätte ja noch Kündigungsschutz durch mein Dienstverhältnis zum Magistrat und es sollte diese Entscheidung noch um 1 Jahr verschoben werden, zumindest bis die Dienstausbildung abgeschlossen ist.

Manfred Eymannsberger: Pragmatisierung ist nicht abgeschafft. Es gibt ohnehin am

Anfang ein provisorisches Dienstverhältnis Sicherheit des Dienstgebers ist also gewahrt.

Andrea Leitner: nach 4 Jahren gibt es eine automatische Definitivstellung
Helmut Mager: Sinn der Pragmatisierung ist auch, dass der Amtsleiter unbeeinflussbar und weisungsfrei bleibt.

Markus Kasbauer: wie hängt das zusammen mit der 5 Jahres Frist für die Anstellung?

Klaus Selgrad: gar nicht, die Stelle ist zuerst auf 3 Jahre befristet, dann alle 5 Jahre zu verlängern. Mit dem prov. und definitiven Dienstverhältnis hat das nichts zu tun
g d f e h h d i j h G h j d g h j g f g d D h h j h d
weiterbezahlt, sondern das der Verwendung entsprechende Gehalt.

Bürgermeister: Jedenfalls ist die Pragmatisierung wichtig zur Absicherung gegen politische Angriffe.

Josef Bauer: der Amtsleiter soll jedenfalls eine Autonomiestellung haben.

Der Bürgermeister stellt den Antrag, das Ansuchen um Pragmatisierung von Amtsleiter Klaus Selgrad zu beschließen:

Ergebnis: Mehrheitlicher Beschluss durch Handerheben

1 Gegenstimme: Andrea Leitner

Punkt 10

Flächenwidmungsplan-Änderung 4/55; Antragsteller mx-CNS Communication, Pasching, betr. Parz. 375 - Teil, KG Gattern, Grundeigentümer Johann und Christiane Breinbauer, Achleiten 9, von Grünland in Sondernutzung Funkanlage; Einleitungsverfahren

Der Bürgermeister berichtet, dass der Antrag der Fa. CNS bereits am 26.11.2015 auf der Tagesordnung der Gemeinderatssitzung stand und zurückgestellt wurde, um die betroffenen Bürger vorher zu informieren. Am 27. Februar 2016 wurde dazu eine Infoveranstaltung mit Hr. Ing. Schlögelhofer vom Amt der Oö. Landesregierung abgehalten. Bereits im Entwicklungskonzept 2003 hat sich der Gemeinderat mit der Thematik beschäftigt und nachstehendes für die betroffenen Region Achleiten festgestellt:

FUNKANLAGEN IM SINNE DES TELEKOMMUNIKATIONS-GESETZES (BGBl. NR. 100/1997) – ETWA SENDE- UND EMPFANGSEINRICHTUNGEN FÜR MOBILFUNKDIENSTE U. DGL. – WERDEN IM EINZELFALL ANHAND NACHSTEHENDER REGELUNG BEURTEILT:

- **VERBOT JEDWEDER FUNKANLAGEN IN ZONEN MIT DEM ENTWICKLUNGSZIEL „VORRANGZONE LANDSCHAFT“ AUSGENOMMEN DER FRONWALD.**
- **EINSCHRÄNKUNG FUNKANLAGEN IM ÜBRIGEN GEMEINDEGEBIET ANHAND NACHSTEHENDER KRITERIEN UND PRIORITÄTEN:**
 1. **VORRANGIGE NÜTZUNG DES VORHANDENEN STANDORTANGEBOTES BEI BEREITS BESTEHENDEN FUNKANLAGEN ODER IN BAULAND DER WIDMUNGSKATEGORIE „BETRIEBSBAUGEBIET“ (BÜNDELUNG)**
 2. **WAHL ALLENFALLS NOTWENDIGER ANDERER STANDORTE UNTER ERFÜLLUNG FOLGENDER PUNKTE AUF KOSTEN DES BETREIBERS AM STANDORT UND FÜR EINEN UMGREIS VON 200 METER VON DER FUNKANLAGE:**
 - INFORMATION DER EINWOHNER:
 - . INFORMATIONSVORANSTALTUNG
 - . SCHRIFTLICHE EINLADUNG 14 TAGE ZUVOR
 - . GELEGENHEIT ZUR SCHRIFTLICHEN STELLUNGNAHME
 - . VERLESUNG SCHRIFTLICHE EINWÄNDE
 - FESTSTELLUNG DER GESAMTBELASTUNG DURCH ELEKTROMAGNETISCHE WELLEN **VOR ERRICHTUNG UND NACH INBETRIEBNAHME** DER FUNKANLAGE DURCH EINE UNABHÄNGIGE FÜR DIESES FACHGEBIET AKKREDITIERTE PRÜFANSTALT, WOBEI DER SALZBURGER VORSORGEWERT VON 1 mW/m² LEISTUNGSFLUSSDICHTEN NICHT ÜBERSCHRITTEN WERDEN DARF.

*Auszug aus dem örtlichen
Entwicklungskonzept 2003, Seite 29*

Der Bürgermeister zeigt den Lageplan der Stelle, wo der beantragte Funkmast errichtet werden soll. Er berichtet, dass seitens der Gemeinde dazu Voranfragen an Raumordnung, Naturschutz und Forst gestellt wurden. Der Sachverständige für Forst genehmigte die ursprünglich gewünschte Situierung im Wald nicht, worauf der jetzige Standpunkt gewählt wurde. Der Bürgermeister weist darauf hin, dass niemand mehr einen Einfluss darauf hat, was in späterer Folge auf den Mast montiert wird, wenn er einmal in Betrieb ist.

Der Bürgermeister stellt das Thema zur Diskussion um einen Beschluss über
Yh id h h h h gh Yh id h f h h h id h 1H h gh h
darauf hin, dass sie kein Mitspracherecht haben.

Stefan Engertsberger: Er berichtet über sehr emotionale Diskussionen am Stammtisch seines Gasthauses, große Abneigung und kaum Befürworter. Gesundheitliche Aspekte sollen respektiert werden. Er selbst konnte auch nach der Infoveranstaltung keine Entscheidung eindeutig fällen und will sich der Beschlussfassung enthalten. Er ist eher dagegen eingestellt.

Bürgermeister: es besteht noch ein Bauverbot auf dieser Parzelle wegen Fund von historischen Scherben.

Georg Mayr-Steffeldemel: er berichtet von einer Studie der Sigmund-Freund-Universität, die aus 100 zusammengefassten Studien, dass eine bestehende Angst gesundheitsgefährdend ist und den Menschen Rechnung getragen werden soll. Er will aber andererseits keine Verantwortung für Versäumnisse in der Errichtung von Infrastruktur verantworten. Die Familie Breinbauer hat nichts Böses wollen und würden den Grund nicht mehr hergeben.

Markus Kasbauer: In Bezug auf das Bauverbot müsste zuerst ein entsprechendes Verfahren eingeleitet werden. Weiters will er wissen, ob der Masten funktionsfähig ist, wenn in Diertalling nichts gebaut wird.

B: In Diertalling steht kein Grundstück zur Verfügung. Der geplante Deckungsgrad und die Versorgung wären nicht gegeben, aber in seinem Bereich würde der Mast funktionieren.

B: Der Antragsteller nimmt den Antrag nicht zurück, sondern wartet auf eine Entscheidung der Gemeinde.

Markus Kasbauer: Es wäre nicht möglich gewesen, bei der Infoveranstaltung positive Meinungen vorzubringen, zu viele vehemente Gegner! Man hätte für mehr Gleichgewicht sorgen müssen.

B: aber wo ist der Punkt, jemanden nach Hause zu schicken?

Andrea Leitner: auch wenn die Strahlung durch ein Handy 1000 x stärker ist, sollte der Meinung der Bevölkerung Recht gegeben werden.

Manfred Eymannsberger: gibt es positive Stimmen?

B: berichtet von zwei Kontakten, die positiv eingestellt sind, aber öffentlich haben
f gh Qh -Vdjh jh h 1

B: Angesichts der Simulationsberechnung des Ing. Schlögelhofer mit 4 mW Belastung beim Haus Scheiber (außen) Yh j h f Vd e j h Z h 4
mW bedeutet dies eine überdimensionale Belastung und wäre im Sinne der Betroffenen zu entscheiden.

Roswitha Hell L V h gh H f j Li d h MD jh
werden, im Sinne der Bevölkerung deh QHLQ 1

Manfred Eymannsberger: Der Vorwurf wird kommen, dass keine Infrastruktur geschaffen wurde. Das Fernsehen braucht heute schon gute Internetverbindung und wird in Zukunft noch bessere Breitbandverbindung brauchen.

Andreas Knunbauer: Zusätzliche Sender sind nicht genehmigungspflichtig, nicht steuerbar, kein Eingriff!

Helmut Mager: der Mast ist nicht schön, es bestehen gesundheitliche Bedenken und es soll keine Zwangsbeglückung geben.

Philipp Meindl: Die Betroffenen haben keine positiven Argumente gebracht.

Außerdem besteht der Verdacht, dass die Masten hauptsächlich für grenzüberschreitende Kommunikation errichtet werden, weil die Roaming Gebühren in Zukunft fallen werden.

Andrea Leitner: In 20 Jahren werden Bemühungen wieder aufgenommen werden.

Franz Scharnböck: gibt es einen geplanten Ersatz?

B: nein, die Frist für die Errichtung ist bis Oktober 2016

Josef Bauer: Es gibt unterschiedliche Auffassungen der Menschen. Niemand hat sich beschwert, dass die Infrastruktur schlecht ist. Er liest h h W h d gh I P N L i i J h h gh h / df h f eh h h ist, dass eine Gesundheitsgefährdung besteht. Dennoch wird er dagegen stimmen.

Günter Pichler: Welche Auswirkungen hat die Entscheidung für A1?

B: Es wird keine weitere Möglichkeit mehr geben, in Schardenberg eine Lösung zu finden, die Frist läuft aus. Im Raumordnungsverfahren besteht auch keine 2. Instanz. Die Entscheidung ist endgültig.

Günther Eymannsberger: Sehr guter Berater bei der Infoveranstaltung. Eindeutig wurde die Unbedenklichkeit im Vergleich zur Handynutzung dargestellt. Der Gemeinderat sollte jedoch unbeeinflusst und vorausschauend entscheiden können. Der Ausbau dieser Infrastruktur wäre für die Zukunft der Gemeinde notwendig.

Rosa Hofmann: ist hin- und hergerissen! Das Problem ist hauptsächlich, dass man keinen Einfluss mehr auf eine weitere Bestückung des Mastens hat. In 10 Jahren gibt es vielleicht eine andere Technik oder werden doch entsprechende Kabel verlegt.

Johann Mayrhofer: LTE Frequenz war früher ein Fernsehkanal, da hat sich niemand beschwert. Die Zukunft liegt in der Funktechnik, nicht in der Verkabelung.

Manfred Eymannsberger: Kabel werden bestimmt nicht verlegt, das ist zu teuer. Einen Funkmast wird man aber später wohl nicht mehr bekommen.

Der Bürgermeister schließt die Diskussion und stellt den Antrag auf eine Flächenwidmungsplan-Änderung 4/55 für den Antragsteller mx-CNS Communication, Pasching, betr. Parz. 375 - Teil, KG Gattern, Grundeigentümer Johann und Christiane Breinbauer, Achleiten 9, von Grünland in Sondernutzung Funkanlage

Ergebnis: mehrheitlich abgelehnt durch Handerheben

Dafür: Günther Eymannsberger

Enthalten: Johann Mayrhofer, Andreas Knunbauer, Manfred Eymannsberger, Stefan Engertsberger

Dagegen: die restlichen 20 Mandatäre

Punkt 11

Neubesetzung des Prüfungsausschusses der ÖVP Mitglieder

Der Bürgermeister berichtet, dass irrtümlich 2 Vorstandsmitglieder der ÖVP in den Prüfungsausschuss gewählt wurden. Dies soll heute richtiggestellt werden und er verliert den Wahlvorschlag der ÖVP-Fraktion: Georg Mayr-Steffeldemel und Franz Söllwagner als Stellvertreter.

Der Bürgermeister bittet die ÖVP Mandatäre dem Wahlvorschlag zuzustimmen.

Die 15 ÖVP-Mandatäre stimmen mit Handerheben für diesen Wahlvorschlag.

Punkt 12

Allfälliges

- a) Der Bürgermeister überreicht dem Amtsleiter ein Dekret des Oö. Zivilschutzverbandes und ernennt ihn offiziell zum Zivilschutzbeauftragten der Marktgemeinde Schardenberg. Zusammen mit Konsulent Matthias Huber wird er die Angelegenheiten des Zivilschutzes wahrnehmen.
- b) Frau Doppermann Cäcilia bedankt sich beim Bürgermeister und beim Gemeinderat ganz besonders mit einer handbestickten Karte für die Ehrung.
- c) Im Gemeindeamt sind 2 Personen im längeren Krankenstand. Josef Bachmair und Margit Kosch werden noch bis zum Frühjahr ausfallen. Die fehlenden 70 Wochenstunden Arbeitsleistung werden teilweise kompensiert durch Andrea Dirmhirn und Ursula Schwarz, die beide bis auf weiteres 40 Std. arbeiten. Mit Herrn Berger, BH Schärding, wurde dies abgesprochen und es ist keine Änderung im Dienstpostenplan erforderlich.
- d) Thema Flüchtlinge: Es gibt nach wie vor keine Quartiere für Flüchtlinge in Schardenberg. Der Bürgermeister appelliert an den Solidaritätsgedanken. Ein gegründeter Arbeitskreis spricht derzeit potentielle Eigentümer direkt an. Es sind 1,5% der Bevölkerung, also mindestens 36 Menschen unterzubringen. Bis lang gibt es keine Angebote. In weiterer Folge wäre zu überlegen, welche/s Grundstück/e für eine Bebauung für eine Bebauung für flüchtlingsgerechte Unterkünfte in Frage kommen.
Rosa Hofmann: es ist sehr schwierig, private Unterkünfte zu finden.
Helga Brait: Die Errichtung kleinerer Einheiten ist durchaus denkbar und sozial auch verträglich. Es wird bestimmt leichter, wenn mal ein Anfang gemacht ist. Der Bürgermeister berichtet von anderen Gemeinden. Es gibt nirgends grobe Probleme, auch nicht dort wo Gruppen bis zu 50 Menschen untergebracht sind.
Markus Kasbauer: Ist das ein eigener Ausschuss oder ein Arbeitskreis?
Rosa Hofmann: ein Arbeitskreis mit Mitgliedern aus der Gemeinde, Pfarre und Familien-, Sozial- und Integrationsausschuss
- e) Ehrungen: Am Mittwoch, den 2.3.2016 findet um 19:30 Uhr beim Kirchenwirt die Ehrungsfeier statt. Der Gemeinderat ist herzlich eingeladen
- f) Regionalverband Sauwald-Pramtal: Es wurde ein kostenloses leadergefördertes Netzwerk zur Kinderbetreuung gegründet. Gemeinden schließen sich zusammen, um das Kinderbetreuungsangebot zu optimieren. Wernstein, Freinberg und Schardenberg beraten derzeit über ein Angebot für die Sommerferien.
- g) Nächste Gemeinderatssitzung ist am 28.4.2016 eine nachweisliche Einladung wird ausgesendet.
- h) Stefan Engertsberger: Der Umweltausschuss muss sich mit der Sammlung von Bioabfällen in Gemeinden beschäftigen. Eine Einladung zur Sitzung folgt.

Unterschrift des Schriftführers:

Unterschrift des Vorsitzenden:

Unterschrift eines Mitgliedes
der ÖVP-Gemeinderatsfraktion:

Unterschrift eines Mitgliedes
der FPÖ-Gemeinderatsfraktion:

Unterschrift eines Mitgliedes
der SPÖ-Gemeinderatsfraktion:

Genehmigung der Verhandlungsschrift der letzten Sitzung:

Nicht alle Mitglieder des Gemeinderates haben die Verhandlungsschrift der Sitzung vom 26.11.2105 zur Kenntnis sowie bisher gewohnt erhalten. Die Genehmigung der Verhandlungsschrift wird somit auf die nächste Gemeinderatsitzung vertagt.

Der Bürgermeister:

Ende: 22:30 Uhr

Abschluss: Gasthaus Bauer, Steinbrunn